

Inhalt

1.	Zum Integrationskonzept der Stadt Jena	4
2.	Ausgangssituation	6
3.	Leitlinien kommunaler Integrationspolitik	6
4.	Handlungsfelder und Ziele	7
4.1	Bildung und Arbeit	10
4.1.1	Bildung	10
4.1.2	Arbeit	12
4.2	Soziales	13
4.2.1	Gesundheit	13
4.2.2	Wohnen	14
4.3	Kultur und Freizeit	15
4.4	Interkulturelle Öffnung und interreligiöser Dialog	16
4.5	Politische und gesellschaftliche Partizipation	18
5.	Steuerung des Integrationsprozesses	20
5.1	Organisationsform	20
5.2	Steuerungsprozess	20
5.3	Controlling und Evaluation	21
	Anhang	22
	Literatur	

1 Zum Integrationskonzept der Stadt Jena

Die Stadt Jena verfügt über zahlreiche Leitbilder: „Jena – Thüringens führender Technologiestandort“; „Made in Jena – wissen & wachsen“, „Jena – Lichtstadt“. Allein zehn solcher Leitbilder sind im Internetauftritt der Stadt zu finden. Die meisten beschreiben Jena als Wissenschaftsstandort. Doch Jena ist mehr als Wissenschaften und Technologie. Mit dem „Stadtprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz“ hat die Stadt ein kommunales Leitbild fixiert, welches andere Facetten in den Blick rückt. Im Stadtprogramm sind gesamtgesellschaftliche Werte wie Akzeptanz, Toleranz und Wertschätzung im Miteinander aller Einwohner verankert. *„Es geht darum, unser Gemeinwesen in respektvollem Miteinander zu gestalten und Erscheinungsformen von Fremdenfeindlichkeit, Menschenverachtung und Gewalt entschieden entgegen zu treten.“*¹ Wieso also noch ein kommunales Integrationskonzept?

Der Stadtrat beauftragte den Oberbürgermeister am 19.01.2005 mit der Erstellung eines Integrationskonzeptes. Der Beschluss sieht eine strategische Ausrichtung der Integrationsarbeit in Form eines partizipativen Prozesses vor, weshalb die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure explizit empfohlen wird. Als Ziel wurde benannt, *„eine Konzeption zu erstellen, nach der die Integration von Zuwanderern in der Stadt Jena so gestaltet werden kann, dass ein nach demokratischen Regeln organisiertes, auf der wechselseitigen Achtung und Respektierung des Anderen in seiner Andersartigkeit basierendes Miteinander zwischen Einheimischen und Zugewanderten auf Dauer gesichert ist.“*

Das Integrationskonzept der Stadt Jena will:

- kommunale Leitlinien zur Integration von Migrantinnen und Migranten durch einen Stadtratsbeschluss verankern und als Instrument verbindlich machen,
- Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definieren,
- Integration als Bestandteil des Lebens in dieser Stadt lebendig werden lassen.

Daher kann und darf das Integrationskonzept nicht als festgeschriebener Lösungsansatz verstanden werden, vielmehr muss seine Umsetzung als fortwährender Prozess begriffen werden. Das Integrationskonzept wird nicht durch den Beschluss im Stadtrat, sondern mit der Durchführung der angeregten Maßnahmen mit Leben erfüllt.

¹ „Stadtprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz“, S. 3

Die Erfahrungen anderer Städte zeigen, dass gute Integrationspolitik auch ohne übergreifendes, schriftlich fixiertes Handlungskonzept gelingen kann (vgl. Stadt Leipzig²). Im Rahmen des interkommunalen Vergleichs entscheiden sich jedoch mehr und mehr Städte zur Verabschiedung eines Integrationskonzeptes.

Je mehr Konzepte es gibt, desto schwieriger wird es, innovative Ideen zu entwickeln. Die einzig sinnvolle Lösung kann daher nur darin bestehen, unter Beteiligung vielfältiger lokaler Interessenvertretungen ein Konzept zu entwickeln, welches dem konkreten Handlungsbedarf der Stadt entspricht.

Diesen Weg ist die Stadt Jena in den vergangenen Monaten gegangen. Das vorliegende Konzept unternimmt den Versuch, verbindliche messbare Leitziele sowie korrespondierende Handlungsziele und Maßnahmen für integrationsrelevante Handlungsfelder zu definieren. Das Konzept wurde unter Berücksichtigung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) entwickelt. Dieses stellt den gesetzlichen Rahmen für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen dar.

Neun thematische Arbeitsgruppen haben zur Vorbereitung des Entwurfes eines kommunalen Integrationskonzeptes beraten und ihre Vorstellungen in Form von mehr oder weniger konkreten Handlungsempfehlungen eingebracht:

- AG Gesundheit
- AG Interkulturelle Öffnung
- AG Jugend
- AG Kultur- und Freizeit
- AG Öffentliche Sicherheit
- AG Politische Partizipation
- AG Religionen
- AG Sprache/Bildung und Erwerbstätigkeit
- AG Wohnen

Darüber hinaus wurden alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen durch die Einberufung verschiedener Diskussionsrunden eingebunden, zum Teil entsendeten sie Vertreter auch direkt in einzelne Arbeitsgruppen.

² „Die Integration der Migranten in Leipzig als Querschnittsaufgabe“, Stadt Leipzig, Juli 2006

2 Ausgangssituation

Migration ist längst zum Bestandteil der Jenaer Stadtgesellschaft geworden. Die Stadt Jena erkennt Vielfalt im Sinne eines diversity mainstreaming³ in jeglicher Hinsicht an, d.h. gesellschaftliche Vielfalt wird als wertvoll betrachtet. Vielfalt (diversity) ist sinnvoll im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Gesellschaft. Vielfalt ist ein Potential moderner Gesellschaft.

Gelungene Integrationspolitik bedarf jedoch einer strategischen Ausrichtung. Hierzu gehören eine differenzierte Bestandsaufnahme (vgl. Bericht zur „Lebenssituation der Migrantinnen und Migranten in Jena“), eine Zielorientierung (Integrationskonzept) sowie Controlling (Steuerungsgruppe).

3 Leitlinien kommunaler Integrationspolitik

Die Stadt Jena versteht sich als tolerante, offene und internationale Stadt, als Zentrum von Wissenschaft, Kultur, Arbeit und Entwicklung. Das Bild von Jena in der Welt hängt sehr eng damit zusammen, wie wir mit der Welt in Jena umgehen.

I. Zuwanderung ist Bestandteil der Gesellschaft

Seit der Wiedervereinigung hat sich die Zahl der in Jena lebenden, arbeitenden, studierenden Ausländer mehr als verdreifacht. Am 31.12.1991 lebten 935 Ausländer in Jena, am 30.06.2007 waren es 3560, zum Jahresende 2007 sogar rund 3.800. Der Ausländeranteil liegt demnach bei ca. 3,8 %.

Ausländer repräsentieren aber nur einen Teil der zugewanderten Bevölkerung. Seit 1991 wurden in Jena beispielsweise rund 1.750 Aussiedler aufgenommen. Es

³ Diversity Mainstreaming ist ursprünglich ein Instrument der Unternehmensführung-/kommunikation, welches im sozialwissenschaftlichen, philosophischen und gesamtgesellschaftlichen Kontext zunehmend Berücksichtigung findet. Als Instrument der Unternehmensführung bedarf Diversity Mainstreaming für den gesamtgesellschaftlichen Kontext jedoch einer Adaption. Die Stadt Toronto („Diversity is our strength“) setzt das Konzept beispielsweise konsequent und vorbildhaft um. In Deutschland hat z.B. die Stadt München den Diversity Ansatz in starkem Maße in ihrem Integrationskonzept berücksichtigt.

empfiehlt sich, im Hinblick auf Konzepte zur Integration von Zuwanderern von „Menschen mit Migrationshintergrund“ zu sprechen. Diese zeichnen sich entweder durch eigene Migrationserfahrungen aus oder leben in vielfältigen Beziehungen mit Menschen, welche Migrationserfahrung haben.

Auf persönlicher Ebene fand und findet Integration und Annäherung statt. Auf struktureller Ebene dagegen besteht noch Handlungsbedarf. Die Stadtverwaltung hat bereits sehr früh, im Jahr 1990, eine Ausländerbeauftragte eingesetzt und die Bildung eines Ausländerbeirates (seit 2008 „Beirat für Migration und Integration“ kurz Integrationsbeirat) angeregt. Gleichzeitig unterstützt die Stadt von Anbeginn finanziell und ideell die Arbeit von Vereinen und engagiert sich schon seit seiner Gründung im Jahre 2000 aktiv am Runden Tisch für Demokratie. Dennoch bestand die dringende Notwendigkeit der Erarbeitung eines kommunalen Integrationskonzeptes.

II. Integrationspolitik betrifft alle Bereiche der Gesellschaft

Integration ist eine wichtige gesellschaftliche und staatliche Aufgabe. Der Erfolg von Integrationspolitik setzt das Verständnis dieser Aufgabe als Querschnittsaufgabe in den Kommunen voraus. Dabei muss Integrationsarbeit in Zusammenarbeit aller Beteiligten erfolgen: städtische Ämter, freie Träger, Agentur für Arbeit, Gewerkschaften, Integrationsbeirat, Migrantenorganisationen, Wirtschaftsunternehmen, Ausbildungseinrichtungen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, politischen Entscheidungsträgern etc. Diese Organisationen sind schon mit Integrationsarbeit vertraut und haben bereits Leistung in diesem Bereich erbracht, die man weiter ausbauen kann und sollte. Die bewährten Projekte sollen fortgeführt und durch kommunales Integrationsmanagement ausgeweitet und effizient gestaltet werden.

⁴ Zu den Begriffen „Menschen mit Migratinshintergrund“, „Migranten“ siehe Bericht zur Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Jena

III. Zuwanderung als Normalität wahrnehmen

Es geht darum, auf der Grundlage eines Integrationskonzeptes ein Klima der Verständigung und gegenseitigen Annäherung zu befördern. Flexibilität und Mobilität heißt nicht zuletzt, dass auch viele Deutsche aus beruflichen und persönlichen Gründen auswandern und sich als Zugewanderte in einem anderen Land und Kulturkreis finden und integrieren - oder auch integriert werden - müssen.

IV. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus konsequent bekämpfen

Integrationspolitik richtet sich nicht nur an die Zugewanderten sondern auch an die aufnehmende Gesellschaft. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stellen ein Hindernis für Integration dar und müssen konsequent bekämpft werden.

Nach Ergebnissen von Untersuchungen des Europabarometers gehört Deutschland neben anderen europäischen Ländern wie Österreich und Belgien zu den Ländern mit der am höchsten ausgeprägten ausländerfeindlichen Einstellung. Der Thüringenmonitor 2006 verweist auf einen nicht unerheblichen Anteil von Thüringerinnen und Thüringern mit ausländerfeindlichen und/oder antisemitischen Einstellungen.

Jena als internationale Universitätsstadt hat dieses Thema bereits aufgegriffen. 2001 beschloss der "Runde Tisch für Demokratie" das "Stadtprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz". Dieses Programm wurde am 14.02.2008 in überarbeiteter Fassung vom „Runden Tisch für Demokratie“ bestätigt. Es stellt sich der Öffentlichkeit als Orientierungs- und Handlungsrahmen vor und signalisiert damit, dass alle demokratischen Kräfte in der Stadt im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz zusammenstehen.

Es ist deshalb eine zentrale Aufgabe von Integrationspolitik vorhandene Vernetzung von Akteuren der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus weiterhin zu unterstützen und fremdenfeindlicher und rassistischer Gewalt konsequent entgegen zu treten, um deutlich zu machen, dass sie nicht zum Spektrum gesellschaftlich akzeptierten Handelns gehört.

V. Integrationspolitische Ziele

Die Stadt Jena wird stärker als bislang Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung fördern. Interkulturelle Öffnung ist darüber hinaus ein Prozess, der nicht nur innerhalb der Verwaltung sondern in der gesamten Angebotsstruktur einer Kommune notwendig ist und das gesamtgesellschaftliche Kommunikationsklima beeinflusst.

Folgende wesentliche integrationspolitische Ziele werden in der Stadt Jena verfolgt:

1. Integration der zugewanderten Bürgerinnen und Bürger in das städtische Gemeinwesen
2. gesellschaftliche und politische Teilhabe und Teilnahme von MigrantInnen aller Generationen
3. Einbeziehung der MigrantInnen in Bezug auf Ziele und Verlauf des Integrationsprozesses
4. Koordinierung des Integrationsprozesses im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe

4 Handlungsfelder und Ziele

Das kommunale Integrationskonzept beschränkt sich auf integrationspolitisch relevante Handlungsfelder und beschreibt nur jene Ziele und Maßnahmen, die sich aus der spezifischen Lebenssituation der Menschen mit Migrationshintergrund ableiten lassen.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) nennt in der Materialie „Integrationsmonitoring“⁵ für die Integrationsberichterstattung (auch im Hinblick auf einen interkommunalen Vergleich) folgende relevante Handlungsfelder:

⁵ Integrationsmonitoring“, S. 12 [vgl. dazu auch „Management kommunaler Integrationspolitik“, S. 47ff]

- rechtliche Integration
- Bildung
- Arbeit und Wirtschaft
- soziale Sicherung
- Wohnen
- Sprache
- Gesundheit
- soziale Integration
- gesellschaftliche und politische Partizipation
- Sicherheit

Diesen Handlungsfeldern entsprechen die zur Erarbeitung des kommunalen Integrationskonzeptes gebildeten Arbeitsgruppen (vgl. Kapitel 1) weitgehend. Der Bericht zur Lebenssituation der Migrantinnen und Migranten in Jena, in dem eine breit gefächerte Analyse in den genannten Handlungsfeldern vorgenommen wurde, bildet die Basis der Empfehlungen im vorliegenden Integrationskonzept. Die Zahl der Handlungsfelder wurde reduziert. Damit erfolgte eine Anpassung an den kommunalen Handlungsspielraum und die Zielstellung des Konzeptes (Beispiel: Die rechtliche Integration der MigrantInnen wird durch die Gesetzgebung des Bundes gestaltet. Es bestehen praktisch keine kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten. Das Handlungsfeld „rechtliche Integration“ ist demnach für das Integrationskonzept nicht relevant.). Alle Maßnahmen im Rahmen der Personalentwicklung, die der Steigerung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund dienen, setzen eine entsprechende Qualifikation und Eignung seitens der MigrantInnen voraus.

Mit der Veröffentlichung der Materialie „Integrationsmonitoring“ hat die KGSt Indikatoren aufgezeigt, anhand derer Wirkungsmessungen in der Integrationsarbeit möglich sind. Im Integrationskonzept der Stadt Jena wurden Leit- und Handlungsziele so formuliert, dass diese Indikatoren Anwendung finden können. Um kommunale Integrationsmaßnahmen nicht nur planen, sondern in Zukunft auch evaluieren zu können, muss die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik angeregt und sichergestellt werden. Möglichkeiten zur Identifizierung von Personen mit Migrationshintergrund (gesamtstädtisch, sozialräumlich, zielgruppenspezifisch) bestehen und sollten auch in Jena genutzt werden⁶.

⁶ Zahlreiche deutsche Städte erfassen inzwischen Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer amtlichen Statistik (z.B. Wiesbaden, Stuttgart, Nürnberg, München).

Die Zahl der Indikatoren in den einzelnen Handlungsfeldern schwankt stark. Während valide Kennzahlen, Grundzahlen und Indikatoren im Bereich der Migration statistisch teils nur mit erheblichem Aufwand ermittelbar sind, existieren im Hinblick auf beschreibende Indikatoren zahlreiche Veröffentlichungen. Ebenfalls vielfältig sind wissenschaftliche Beschreibungen zu Strategien, Organisationsformen und Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern. Für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung/Gesellschaft beispielsweise behandeln Fischer und Wehrhöfer⁷ folgende drei relevante Bereiche:

- „institutionelle Veränderungen (Verankerung eines Leitbildes, Entwicklung von Zielen, Überprüfung der Zielerreichung)“
- „Personalentwicklung (Förderung interkultureller Kompetenzen, Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund)“
- „verbesserte Ausrichtung/Orientierung an Kunden mit Migrationshintergrund (kritische Bestandsaufnahme der eigenen Dienstleistungen, Entwicklung bedarfsgerechter Angebote und neuer Formen der Kundenansprache)“

Diese und andere wissenschaftliche Veröffentlichungen, Standards und Diskussionen aus Fachgremien⁸ sind neben den Entwürfen der vor Ort gebildeten Arbeitsgruppen in das vorliegende Integrationskonzept eingeflossen.

Im Folgenden sind für die einzelnen Handlungsfelder vorwiegend Leit- bzw. Wirkungsziele und Handlungsziele benannt. Es erfolgt eine Unterteilung in kurz-, mittel- und langfristige Ziele. Konkretere Maßnahmen sowie Indikatoren zur Wirkungsmessung zu formulieren, ist nach Beschlussfassung Aufgabe von Arbeitsgruppen. Auf der Ebene der Initiierung und Umsetzung sollte ein hohes Maß an Flexibilität erhalten werden.

⁷ Fischer/Wehrhöfer in Interkulturelle Kompetenz in der Zuwanderungsgesellschaft ; S. 44

⁸ Hier ist insbesondere die Mitarbeit der Stadt Jena am Innovationszirkel „Wirkungsmessung in der Integrationsarbeit“ der KGSt unter Leitung von Dr. A. Reichwein zu nennen. In diesem Gremium erfolgte die Erarbeitung der Materialie „Integrationsmonitoring“ (Nr. 2/2006). Die Veröffentlichung einer Materialie zur interkulturellen Öffnung ist für dieses Jahr geplant.

4.1 Bildung und Arbeit

Leitziele:

Mehrsprachigkeit ist eine Ressource und kein Integrationshindernis.

Kulturelle Vielfalt ist Herausforderung und Chance.

Im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt herrscht Chancengleichheit.

4.1.1 Bildung

Handlungsziele für 2008

- Eltern mit Migrationshintergrund werden im Hinblick auf Spracherwerb und Bildungsweg ihrer Kinder über Entwicklungsmöglichkeiten informiert und in alle Entscheidungsprozesse (Sprachförderung in Kindertagesstätten, Wahl der Schulform, Schule) einbezogen.
- Verfahren zur Sprachstandsmessung bei Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache finden Eingang in Kindertagesstätten und Schulen.
- Die Stadt entwickelt ein Konzept zur sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund unter Berücksichtigung bereits existierender Förderprogramme, stellt entsprechende Förderanträge und stellt eigene Mittel bereit.
- Die Förderung von Deutschkenntnissen in der Schule hat Vorrang z.B. vor weiteren Fremdsprachen.
- Die Teilnahme am Integrationskurs im vorgesehenen Umfang (z.Zt. je nach Vorkenntnissen bis 900 h Sprachkurs, 45 h Orientierung) hat Vorrang vor der Vermittlung in den Arbeitsmarkt.

Handlungsziele bis 2012

- Das Konzept zur sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund wird in den Kindertagesstätten umgesetzt.
- Die Schulen werden auf die bestehende Diskrepanz zwischen angestrebten und erreichten Schulabschlüssen bei Migranten aufmerksam gemacht und es werden gemeinsam mit ThILLM, Migrationsberatungsstellen, Elternvertretungen und Integrationsbeauftragter Lösungsansätze und Maßnahmen entwickelt. Dabei sollten Modelle aus anderen Bundesländern auf Anwendbarkeit geprüft werden.
- Maßnahmen zur sprachlichen Förderung werden von qualifizierten Lehrkräften (Deutsch als Zweit-/oder Fremdsprache) durchgeführt.
- Im Rahmen der Ganztagschulmodelle sind Maßnahmen zur Förderung von Migranten integrativer Bestandteil der Konzeption (u.a. Hausaufgabenbetreuung, Freizeitangebote).
- Die Ausbildungsberatung erfolgt spezifisch für Migranten (Verständnis zu Berufsbildern, Orientierungspraktika). In diesem Zusammenhang wird eine Zusammenarbeit zwischen Jenarbeit, der Agentur für Arbeit und bestehenden Beratungseinrichtungen geprüft.
- Die Zahl der Ausbildungsplätze- und betriebe, die Jugendliche mit Migrationshintergrund einstellen, wird erhöht. Es erfolgt eine intensive Beratung und Begleitung der Ausbildungsbetriebe.

längerfristige Handlungsziele

- Verfahren zur Sprachstandsmessung bei Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache sind ein Qualitätsstandard in Kindertagesstätten und Schulen.
- Die Stadt entwickelt gemeinsam mit den Hochschulen ein Konzept zur effektiveren Bewerbung des Hochschulstandortes Jena, um die Attraktivität speziell für ausländische Studierende und Gastwissenschaftler zu erhöhen.

4.1.2 Arbeit

Handlungsziele und Maßnahmen für 2008

- Jenarbeit und Akteure der Migrationsarbeit verständigen sich über Standards bei der Betreuung der Klienten mit Migrationshintergrund.
- Jenarbeit trifft Entscheidungen unter Berücksichtigung des Aufenthaltsrechts.
- Bestehende Förderprogramme des Bundes und Landes werden im Hinblick auf Möglichkeiten zur Integration von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt geprüft und entsprechende Anträge gestellt.

Handlungsziele bis 2012

- Im Rahmen modularer Qualifizierungsangebote werden in Zusammenarbeit mit Jenarbeit und verschiedenen Bildungsträgern Angebote zur Förderung der Berufs- und Fachsprache unterbreitet.

längerfristige Handlungsziele

- Sprachförderung ist integraler Bestandteil beruflicher Qualifizierung.
- Existenzgründungen von Migrantinnen und Migranten werden durch Beratung, begleitendes Coaching etc. gefördert, auch über den unmittelbaren Zeitpunkt der Gründung hinaus.

4.2 Soziales

4.2.1 Gesundheit

Leitziel:

Die Gesundheitsvorsorge, Pflege und Beratung aller in Jena lebenden MigrantInnen ist gewährleistet. Aspekten kultursensibler Betreuung und Pflege wird Rechnung getragen.

Zu den gesundheitlichen Aufgaben der Stadt gehört die psychosoziale Betreuung von MigrantInnen, die aufgrund traumatischer Erfahrungen Unterstützung benötigen.

Handlungsziele für 2008

- Um sicher zu stellen, dass alle Kinder Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen haben, werden diejenigen Personen und Organisationen, die mit Migrantinnen und Migranten arbeiten, sowie Eltern mit Migrationshintergrund für dieses Angebot sensibilisiert.
- Die Gewinnung und fachliche Anleitung von Sprach- und Kulturmittlern durch die Stadt oder freie Träger wird gefördert.
- Es wird eine Liste in Jena praktizierender Ärzte mit Fremdsprachenkenntnissen erarbeitet.

Handlungsziele bis 2012

- Es wird eine Broschüre erstellt, die sich Ursachen und Auswirkungen exilbedingter Krankheiten sowie ausländerrechtlichen Rahmenbedingungen eines Aufenthaltes widmet. Sie richtet sich an Ärzte, Pflegepersonal und interessierte Berufsgruppen.
- Die Fremdsprachenkompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Suchtberatungsstellen wird durch Weiterbildungsangebote gefördert.

längerfristige Handlungsziele

- Ein Training zur Förderung der interkulturellen Kompetenz der Ärzte, optimaler Weise bereits während des Studiums, wird in Kooperation mit den Hochschulen und der Landesärztekammer konzipiert. Eine entsprechende Handreichung für Mediziner wird erstellt.
- Die Stadt Jena befürwortet bundespolitische Entscheidungen zur Erlangung eines gesicherten Aufenthaltsstatus für Menschen, die bisher noch nicht über einen solchen verfügten, um ihnen den Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen zu erleichtern.

4.2.2 Wohnen

Leitziele:

Einer weiteren sozialen Entmischung in den Stadtteilen wird entgegenge-
wirkt.

Handlungsziele für 2008

- Nachbarschaft wird durch geeignete Aktionen in den Stadtteilen gestärkt, Begegnungen zwischen Einheimischen und Zuwanderern werden organisiert.
- Die Aktivitäten von Vereinen zur Pflege der kulturellen Identität von Menschen mit Migrationshintergrund im Sozialraum werden gefördert.
- Der durch Kooperationsverträge mit Wohnungsunternehmen bereit gestellte Wohnraum wird nach Maßgabe einer räumlichen Verteilung von MigrantInnen in allen Sozialräumen der Stadt belegt.

längerfristige Handlungsziele

- Unter dem Aspekt der Knappheit angemessenen Wohnraumes werden Abriss und Neubau von Wohneinheiten unter Beachtung der demografischen Prozesse in der Stadt fortlaufend geprüft.
- Die Bildung von Wohneigentum durch Haushalte mit Migrationshintergrund wird durch Beratung gefördert.

4.3 Kultur und Freizeit

Leitziele:

Partizipation von MigrantInnen an kulturellen und Freizeitangeboten findet statt.

Vielfalt wird als Bereicherung und Herausforderung verstanden.

Die Integration von MigrantInnen im Sport macht die Werte Respekt, Toleranz, friedliches Miteinander, Solidarität und Gerechtigkeit für Einheimische und Zugewanderte erlebbar.

Handlungsziele für 2008

- Der Bedarf an kulturellen und Freizeitangeboten sowie bestehende Zugangsbarrieren sind durch geeignete Instrumente wie Befragungen zu ermitteln.
- Neu entstehende Kultur- und Freizeitangebote werden unter Berücksichtigung und nach Maßgabe des interkulturellen Dialogs konzipiert.
- Die Stadt fördert die Integration durch Sport durch die Initiierung gemeinsamer Projekte mit Sportvereinen, Migrantenselbstorganisationen und lokalen Initiativen.

Handlungsziele bis 2012

- Entsprechend der differenzierten Bedarfserhebung werden unter Beachtung des Gender-Mainstreamings Angebote im Kultur- und Freizeitbereich unter Einbindung der Migrantinnen und Migranten und ihrer Interessenvertretungen aus- und aufgebaut. Priorität genießen Angebote, welche die Einbeziehung von Migranten und Einheimischen zum Ziel haben.

längerfristige Handlungsziele

- Angebote orientieren sich am Bedarf und den Möglichkeiten der Zuwanderer.
- Der Erfolg der Maßnahmen wird durch das Büro der Integrationsbeauftragten in Kooperation mit externen Partnern durch geeignete Evaluationsformen geprüft.

4.4 Interkulturelle Öffnung und interreligiöser Dialog

Ziele:

Das Leitbild der Integration ist in der Stadtverwaltung sowie den kommunalen Eigenbetrieben verankert und akzeptiert und wird gesamtstädtisch kommuniziert.

Der Anspruch der Stadt als weltoffene Stadt ist durch die interkulturelle Sensibilisierung und Öffnung der Stadtverwaltung untermauert und sieht eine Partizipation der Zivilgesellschaft am Öffnungsprozess vor.

Ein Netzwerk zur Initiierung eines interreligiösen Dialogs in allen Altersgruppen ist aktiv.

Handlungsziele für 2008

- Die Stadtverwaltung verpflichtet sich, die Bereitschaft zur Kooperation mit den Fachstellen der Integrationsarbeit sicher zu stellen und wird Akteure außerhalb der Stadtverwaltung zur Kooperation mit den Fachstellen anregen. Fachstellen sind insbesondere die Migrationsberatungsstellen (Jugendmigrationsdienst, Migrationserstberatung), Einrichtungen, welche aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds/Europäischen Flüchtlingsfonds gefördert werden, Integrationskursträger sowie kommunal geförderte Initiativen.
- Die Stadt fördert Initiativen zur vorurteilsbewussten Erziehung und Bildung in Kindertagesstätten und Schulen sowie von Trägern der außerschulischen Jugendbildung.

- Die Stadt plant für das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs 2008 öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, nach Möglichkeit auch mit den Partnerstädten und unter Berücksichtigung der Konzeption „Stadt der Wissenschaft“.
- Die Stadt unterzeichnet die „Charta der Vielfalt“ bzw. gewinnt ortsansässige Unternehmen und Einrichtungen als Unterzeichner.
- Die Stadt unterstützt Personen in Schlüsselfunktionen beim Erwerb, der Erweiterung und Vertiefung von der englischen Sprache (Englisch-Offensive im Kontext „Stadt der Wissenschaften“ und „Europäisches Jahr des Interkulturellen Dialogs“ 2008).

Handlungsziele bis 2012

- Es wird eine interkulturelle Begegnungsstätte geschaffen.
- In der Stadt wird unter Berücksichtigung vorhandener Strukturen ein „Runder Tisch der Religionen“ gebildet.
- Zum Zweck einer besseren Kundenorientierung und zur Vermeidung akuter Notlagen wird im Dezernat 1 ein Fonds für Übersetzungshilfen sowie zur Erstellung mehrsprachiger Formulare etc. eingerichtet, welchen die Integrationsbeauftragte verwaltet. Aus diesem Fond können bei Bedarf alle Stadtverwaltungsbereiche unterstützt werden.
- Die Stadt initiiert die interkulturelle Öffnung sozialer Regeldienste und interkulturelle Trainings für MitarbeiterInnen in Schlüsselfunktionen, d.h. Führungskräfte sowie MitarbeiterInnen mit Kundenkontakt, durch geeignete Weiterbildungsangebote innerhalb der Stadtverwaltung.
- Die Stadt unterstützt Personen in Schlüsselfunktionen beim Erwerb, der Erweiterung und Vertiefung von Fremdsprachenkenntnissen.
- Die Stadt achtet bei der Personalauswahl und der Personalentwicklung darauf, den Anteil der MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund in allen Tätigkeitsbereichen zu erhöhen.

längerfristige Handlungsziele

- Die Stadt ordnet im Rahmen der Personalentwicklung interkulturelle Trainings für MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung ein.
- Die Stadt setzt einen deutlichen Akzent auf Fremdsprachenkenntnisse und fördert mit geeigneten Maßnahmen eine entsprechende Ausbildung.
- Bei der Entwicklung gesamtstädtischer Ziele findet das Integrationskonzept grundlegende Berücksichtigung. Interessen werden verknüpft und finden im Stadtmarketing ihre Widerspiegelung.

4.5. Politische und gesellschaftliche Partizipation

Leitziel:

Die politische und gesellschaftliche Teilhabe in Jena lebender MigrantInnen ist gewährleistet.

Die Stadt fördert Vereine und Initiativen als Orte gesellschaftlicher Teilhabe und demokratischen Lernens.

Handlungsziele für 2008

- Die Wahl des Integrationsbeirates wird auf Basis der neuen, erweiterten Wahlordnung (Wahl von und durch Personen mit Migrationshintergrund) durchgeführt.
- Die Stadt entwickelt und prüft eine Konzeption zur Einberufung eines Internationalen Ausschusses nach dem Modell anderer Kommunen.
- Die Stadt entwickelt Ideen und Maßnahmen zur Begrüßung der Neuzuwanderer (Begrüßungsplan, Begrüßungsschreiben, Integrationslotsen etc.) und setzt diese um.

Handlungsziele bis 2012

- Die Interessen in Jena lebender MigrantInnen werden durch einen ausreichend demokratisch legitimierten, handlungsfähigen Integrationsbeirat bzw. einen Internationalen Ausschuss vertreten.
- Einbürgerungen finden in einem feierlichen, öffentlichen Rahmen statt.

längerfristige Handlungsziele

- Die Interessen in Jena lebender MigrantInnen sind durch die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtrat und seinen Ausschüssen zu fördern, z.B. durch die Wahl als Mandatsträger oder Berufung als beratende Bürger.

5 Steuerung des Integrationsprozesses

5.1 Organisationsform

Für das Integrationsmanagement in Städten der Größenklasse 1 und 2⁹ empfiehlt die KGSt „die Einrichtung einer strategischen Organisationseinheit, die neben der Steuerungsverantwortung im Besonderen eine Initiierungs- und Impulsfunktion für die unterschiedlichen Akteure wahrnehmen soll. Dazu ist es sinnvoll, sie mit einem eigenen Budget für die Unterstützung der Produktentwicklung auszustatten“¹⁰.

In Jena gibt es eine solche Organisationseinheit mit der Stelle der Ausländerbeauftragten seit 1990. Seit 2005 erfolgte eine Neuausrichtung und Schärfung des Profils der Stelle. Dem trägt die Stadt durch die Umbenennung in „Integrationsbeauftragte“ Rechnung. Die gesamte Planungs-, Steuerungs- und Controllingverantwortung ist im Integrationsbereich einer einzelnen Mitarbeiterin übertragen. Durch den Stadtrat wurde der Integrationsbeauftragten im Dezember 2007 ein Integrationsbudget zur Initiierung der im Integrationskonzept verankerten Maßnahmen in Höhe von 41.520 € zur Verfügung gestellt. Es muss geprüft werden, ob Budget und personelle Ausstattung zur Erreichung der Ziele mittelfristig ausreichend sind. Weiterführende Ziele sind, die Entwicklung der Datenbasis, die wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung des Konzeptes sowie die Dokumentation und Veröffentlichung von Maßnahmen und Ergebnissen.

Der Fonds in Höhe von 25.000 € für Vereine, die im Bereich der Migration und Integration Angebote in Jena vorhalten, stellt eine wichtige Grundlage für die interkulturelle Arbeit dieser Vereine dar. Der Fonds ist in mindestens dieser Höhe auch zukünftig zu sichern, nicht zuletzt damit das Integrationskonzept der Stadt gesamtgesellschaftlich Wirkung entfalten kann.

⁹ Stadt Jena = Größenklasse 1 (über 100.000 Einwohner)

¹⁰ Management kommunaler Integrationspolitik, S. 43

5.2 Steuerungsprozess

Für die Steuerung des Integrationsmanagements nach innen und außen spielt eine arbeitsfähige Steuerungsgruppe eine bedeutende Rolle. Der Steuerungsgruppe sollten angehören:

- Stabsstelle (Integrationsbeauftragte)
- Vertreter/in des Integrationsbeirates
- Leiter/in thematischer Arbeitsgruppen (kommunale und externe Vertreter)
- Vertreter/innen der Fraktionen des Stadtrates

Eine solche Steuerungsgruppe ist zu bilden. Alle zu beteiligenden Organisationseinheiten (Fachämter etc.) sind bei der Bildung der Steuerungsgruppe zu ermitteln. Ihre Einbeziehung ist durch die Stabsstelle bzw. die LeiterInnen der Arbeitsgruppen zu sichern.

5.3 Controlling und Evaluation

Controlling dient der Unterstützung des Steuerungsprozesses und in erster Linie der Kontrolle der Zielerreichung zu einem festgelegten Zeitpunkt (Soll-Zustand und Ist-Zustand). Auf diese Weise kann Entwicklungen frühzeitig Rechnung getragen, können Steuerungsnotwendigkeiten ermittelt, Maßnahmen und Budget angepasst werden. Grundlagen funktionierender Controllings sind das Vorhandensein einer entsprechenden Datenbasis (vgl. Kapitel 4) und geeigneter Organisationsstrukturen.

Zukünftig ist v.a. die Wirkung initiiertener Maßnahmen stärker zu hinterfragen. Eine bessere strategische Steuerung sichert neben dem Erfolg der Maßnahmen (gewünschte Wirkungen treten ein) auch den zielgenaueren Einsatz von Investitionen und damit den verantwortungsvollen Umgang mit Haushaltsmitteln. Social Return on Investment (SROI) ist eine Methode, den Ertrag sozialer Investitionen zu messen. Unter diesem Blickwinkel sollten nicht nur die durch kommunale Fonds geförderten Initiativen, sondern auch die Maßnahmen betrachtet werden, die durch die Kommune selbst initiiert und getragen werden.

Anhang

Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2005): Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2006): Gesundheit und Integration – Ein Handbuch für Modelle guter Praxis. Berlin

Bednarz-Braun, I./Bischoff, U., Deutsches Jugendinstitut e.V. (2006): Interkulturalität unter Auszubildenden im Betrieb – Eine Handreichung für die betriebliche Praxis. München

Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2005): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2005): Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen: Wege zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik. Berlin. Bonn

Deutsches Jugendinstitut e.V. (Hrsg.) (2006): Jugend und Migration. Bulletin 76. München

Filsinger, D. (2002): Interkulturelle Öffnung Sozialer Dienste. Expertise im Auftrag der Regiestelle E & C. Saarbrücken/Berlin

Forum der Kulturen Stuttgart e.V. (Hrsg.) (2006): Kongressdokumentation zum 1. Bundesfachkongress Interkultur – Fachforum zum interkulturellen und interreligiösen Dialog. Stuttgarter Impulse zur kulturellen Vielfalt. Stuttgart

Grünhage-Monetti, M. (Hrsg.) (2006): Interkulturelle Kompetenz in der Zuwanderungsgesellschaft. Bielefeld

Handschuck, S./Schröer, H. (2000): Interkulturelle Öffnung Sozialer Dienste. Ein Strategievorschlag. In: iza – Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, H. 3/4, S. 86-95

KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (2005): Management kommunaler Integrationspolitik, Bericht 7. Köln

KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (2006): Integrationsmonitoring, Materialie 2. Köln

Landesstiftung Baden Württemberg gGmbH (2006): JUNIK – Jugendliche im internationalen Kontext. Stuttgart

Stadt Dresden/Ausländerbeauftragte (2003): Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Dresden. Dresden

Stadt Erfurt/Amt für Sozial- und Wohnungswesen, Zentrum für Integration und Migration (2006): Integrationskonzept der Stadt Erfurt. Integration fördern – Zukunft gestalten. Grundlagen zur Integration von Migranten in der Landeshauptstadt Erfurt. Erfurt

Stadt Jena/Ausländerbeauftragte (2006): Bericht zur Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Jena. Jena

Stadt Leipzig/Referat Ausländerbeauftragter (2006): Die Integration der Migranten in Leipzig als Querschnittsaufgabe. Bericht des Referats Ausländerbeauftragter. Leipzig

Stadt Magdeburg/Referat (2006): Rahmenkonzept zur Integrationspolitik der Landeshauptstadt Magdeburg. Magdeburg

Stadt München/Stelle für interkulturelle Arbeit (2006): Grundsätze und Strukturen der Integrationspolitik der Landeshauptstadt München. München

Stadt Nürnberg/(2004): Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg. Teil 1 Leitlinien zur städtischen Integrationspolitik. Nürnberg

Stadt Stuttgart/Stabsabteilung für Integrationspolitik (2006): Grundlagen der Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart. Stuttgart

Stadt Stuttgart/Stabsabteilung für Integrationspolitik (2006): Stuttgarter Bündnis für Integration – Perspektiven für unsere internationale Stadt. Stuttgart

Stadt Wiesbaden/Einwohner- und Integrationsamt (2004): Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden. Wiesbaden

Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.) (2005): Zuwanderer in der Stadt – Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik. Darmstadt

Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.) (2006): Voneinander lernen, Gute-Praxis-Beispiele stadträumlicher Integrationspolitik. Darmstadt

Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.) (2007): Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Darmstadt

Mitwirkende in den Arbeitsgruppen in alphabetischer Reihenfolge

AG „Arbeit und Bildung“

Prof. Dr. Hans Barkowski (Institut für Auslandsgermanistik DaF/Daz, Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Thomas Ewald (BAMF)

Gerda Horatschek (Stadt Jena, Ausländerbehörde)

Marion Kamphenkel (JenArbeit)

Heike Kuban (IIK Jena)

Gudrun Luck (Stadt Jena, VHS)

Diana Maak (Kindersprachbrücke Jena e.V.)

Rea Mauersberger (Integrationsbeirat)

Sana Al-Mudhaffar (Bürgerinitiative Asyl e.V.)

Birgit Netz (Staatliche Grundschule Heinrich Heine)

Dr. Christiane Panzer (JenArbeit)
Marion Schmidt (AWO, MEB)
Peter Spitz (AWO Jena, JMD)
Dörthe Thiele (Stadt Jena, Integrationsbeauftragte)
Peter Thielmann (ZifW Jena)
Beate Vogelsberger (VHS Jena)
Wolfgang Volkmer (Kindersprachbrücke Jena e.V)
Claudia Zienert (Stadt Jena, OB-Büro)

AG „Öffentliche Sicherheit“

Günter Berg (Stadt Jena, Ordnungsamt)
Rainer Hartmann (KoKont)
Rea Mauersberger (KoKont)
Rene Treunert (Polizeidirektion Jena)

AG „Jugend“

Andreas Amend (Stadt Jena, Jugendamt)
Melha Rout Biel (Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber und
Kontingentflüchtlinge)
Katja Glybowskaja (AWO, JMD Jena)
Astrid Horbank (Komme e.V.)
Cornelia Kaulfuß (Komme e.V.)
Rea Mauersberger (Integrationsbeirat)

AG „Kultur & Freizeit“

Andreas Amend (Stadt Jena, Jugendamt)
Katja Glybowskaja (AWO, JMD Jena)
Astrid Horbank (Komme e.V.)
Cornelia Kaulfuß (Komme e.V.)
Rea Mauersberger (Integrationsbeirat)

AG „Gesundheit“

Irmtraud Becker (Stadt Jena, Sozialamt)
Dr. Ralf Hedwig (Eine-Welt-Haus e.V.)
Steffi Kaygusuz (refugio-thüringen e.V.)
Dörthe Thiele (Stadt Jena, Integrationsbeauftragte)

Arbeitsgruppe „Religion“

Hussein Abdulltif (Islamisches Zentrum Jena e.V.)
Sana Al-Mudhaffar (Bürgerinitiative Asyl e.V.)
Maria Krieg (Evangelisch-Lutherische Kirche)
Ismael Malek (Islamisches Zentrum Jena e.V.)
Rea Mauersberger (Integrationsbeirat)
Dr. Albrecht Schröter (Stadt Jena, Oberbürgermeister)
Ilja Rabinovich (Jüdische Gemeinde Jena)

AG „Politische Partizipation“

Prof. Dr. Wolfgang Behlert (Bündnis 90/Die Grünen)
Holger Joseph (FDP)
Rea Mauersberger (Integrationsbeirat)
Dr. Albrecht Schröter (SPD)
Dörthe Thiele (Stadt Jena, Integrationsbeauftragte)

AG „Interkulturelle Öffnung“

Prof. Dr. Jürgen Bolten (Institut für Interkulturelle Wirtschaftskommunikation,
Friedrich-Schiller Universität Jena)
Katja Glybowskaja (AWO, JMD Jena)
Rea Mauersberger (Integrationsbeirat)
Dörthe Thiele (Stadt Jena, Integrationsbeauftragte)

AG „Wohnen“

Sana Al-Mudhaffar (Bürgerinitiative Asyl e.V.)
Antje David-Eckert (jenawohnen)

Katja Glybowskaja (AWO, JMD Jena)
Astrid Horbank (Komme e.V.)
Monika Schmidt (AWO, MEB Jena)
Peter Schweinitz (Stadt Jena, Sozialamt)
Dr. Konstanze Tenner (Stadt Jena, Sozialplanerin)

Vertreterinnen und Vertreter der mitwirkenden Fraktionen in alphabetischer Reihenfolge

Jörg Bansemer (PDS - Die Linke)
Holger Joseph (FDP)
Grit Häkanson-Hall (Bürger für Jena)
Frank Schenker (CDU)
Dr. Albrecht Schröter (SPD)
Torsten Tyras (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum
Herausgeber:

Stadt Jena
Dezernat 1
Beauftragte für Migration und Integration
Löbdergraben 12
07743 Jena

Mai 2008

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung, auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.